

Ohne die kurdische PYD keine Lösung für Syrien

Die USA und Russland setzen auf die PYD – Washington militärisch, Moskau auch politisch

Rayk Hähnlein

Russland hat bei den Syrien-Gesprächen im kasachischen Astana im Januar, Februar und März 2017 die Federführung übernommen und den Gesprächspartnern Verfassungsvorschläge unterbreitet. Damit bekräftigt Moskau seinen Anspruch, Syriens Nachkriegsordnung maßgeblich mitzugestalten. Gleichzeitig legt die neue US-Administration ihren militärischen Kurs für Syrien fest. Zum Ärger Ankaras berücksichtigen sowohl die russische Initiative als auch die US-Pläne Interessen der nordsyrischen Kurdenpartei PYD mit, die beim Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) eine entscheidende Rolle spielt.

Mit den Waffenstillstandsgesprächen in Astana hat der Kreml ein Format geschaffen, das die Verhandlungen über die Zukunft Syriens voranbringen soll. Unter Moskaus Führung haben Russland, der Iran und die Türkei sich darauf verständigt, künftig gemeinsam zu kontrollieren, ob die syrische Regierung und die bewaffnete Opposition den Waffenstillstand einhalten. Gleichzeitig wollen sie den Kampf gegen den IS und den syrischen Al-Qaida-Ableger fortsetzen.

Auch wenn in den Astana-Gesprächen bislang keine Durchbrüche erzielt werden konnten, haben syrische Regierung und Opposition in den ersten beiden Runden ihre Absicht erklärt, auf eine politische Lösung hinzuwirken. Zugleich wurde der Kreis der oppositionellen Teilnehmer an den eigentlichen Friedensgesprächen in Genf ausgeweitet. Moskau hat klargestellt,

dass Astana die VN-geführten Gespräche in Genf nicht ersetzen, sondern ergänzen soll.

Keine Lösung ohne die PYD

Nach Abschluss der Astana-Konferenz (23.–24. Januar) lud der russische Außenminister Lawrow am 27. Januar syrische Oppositionsvertreter und Repräsentanten der syrisch-kurdischen Partei PYD nach Moskau ein. Dabei ging es darum, mit ihnen über ihre mögliche Rolle in einem politisch dezentral organisierten Syrien zu sprechen. Drei kurdisch dominierte Kantone an der Grenze zur Türkei stehen unter der Verwaltung sogenannter »Hoher Räte«. Zwar gibt es in diesen Kantonen eine Vielzahl unterschiedlicher Parteien, doch ist die PYD, die von Ankara als Terrororganisation eingestuft wird, die jeweils maßgebliche poli-

tische und militärische Kraft. Ihr militärischer Arm, die YPG (People's Protection Units), bildet den Kern der Syrian Democratic Forces (SDF). Die SDF sind der schlagkräftigste und wegen ihrer Verlässlichkeit von den USA bevorzugte Alliierte im Bodenkampf gegen den IS in Nordsyrien. Nicht zuletzt diese Partnerschaft hat das Verhältnis zwischen Erdoğan und Obama zerrüttet. Denn in Ankara wird unterstellt, dass die Ambitionen der eng mit der PKK verbündeten PYD über eine Selbstverwaltung in Nordsyrien hinausreichen und letztlich auf die Unabhängigkeit abzielen. Diese Bestrebungen, so wird befürchtet, könnten auch auf den mehrheitlich kurdischen Südosten Anatoliens ausgreifen und die territoriale Integrität der Türkei in Frage stellen. Ein für Ankara unakzeptables Szenario.

Die PYD war nicht nur wichtiger Verbündeter der alten US-Regierung, sie ist auch militärischer und politischer Partner Moskaus. Hilfreich ist dabei die ideologische Nähe, die in den 1980er Jahren zwischen der PKK und der Sowjetunion bestanden hat. Deutlich wichtiger aber sind die bis zu 50 000 SDF-Kämpfer – darunter neben knapp 30 000 YPGlern auch zeitweise bis zu 20 000 Araber, Assyrer und Turkmenen. Am 5. November 2016 starteten die SDF die Operation »Wrath of Euphrates«. Ziel ist die Rückeroberung der nordsyrischen IS-Hochburg Rakka. Im Winter 2016/2017 ist es den SDF gelungen, große Gebiete des westlichen Teils der Provinz Rakka zurückzuerobern.

Schon im Vorfeld der Astana-Gespräche, von denen die PYD auf türkisches Betreiben ausgeschlossen ist, trafen sich Vertreter Russlands und der PYD: im Dezember 2016 auf der russischen Luftwaffenbasis Hmeymim in Westsyrien und im Januar 2017 in der kurdischen Stadt Qamishli. In Genf äußerte der russische VN-Botschafter Alexey Borodawkin, dass PYD-Vertreter mit an den Verhandlungstisch gehören. Russische Diplomaten unterstützen auch die Gespräche, die die PYD und die syrische Regierung in Damaskus führen.

Aufgrund ihrer militärischen Stärke und der Verbindungen zu Washington und Mos-

kau hat die PYD eine gute Position für Verhandlungen mit Assad. So besetzen sie nach wie vor das Sheich-Maksud-Viertel in Aleppo und haben ihre Kontrolle über den Norden der Stadt von Januar bis März 2017 eher ausgeweitet, als dass sie sich zugunsten der syrischen Regierungstruppen zurückgezogen hätten. Die Frage nach dem zukünftigen Status der kurdischen Gebiete bleibt zu klären. Welche Flagge soll in Zukunft über den Kantonen in Westkurdistan wehen? Und ist Damaskus bereit, die »Arabische Republik« Syrien in die »Republik Syrien« zu transformieren, wie dies auch Moskau fordert?

Die PYD-Vertreter, die die Verhandlungen mit Moskau und Damaskus führen, sind nur unter der Bedingung einer weitgehenden Selbstverwaltung der kurdischen Kantone bereit, die territoriale Einheit Syriens zu unterstützen. Angesichts des hohen Blutzolls, den die YPG in ihrem Kampf gegen den IS seit drei Jahren zahlt, und ihrer kontinuierlichen militärischen Erfolge von Kobane bis Nordaleppo ist es sehr wahrscheinlich, dass sie von dieser Forderung nicht abrücken werden.

Der Kreml in der Initiative

Moskau hat das erste Astana-Treffen am 23. und 24. Januar genutzt, um den Vertretern der syrischen Regierung und der Opposition den Entwurf eines Verfassungsvorschlags auszuhändigen. Dieser soll nach russischem Verständnis als mögliche Diskussionsgrundlage für den weiteren Prozess dienen. Zwar verweist Moskau darauf, dass es den Text im Vorfeld abgestimmt habe. Aber es ist unklar, mit wem genau es das getan haben will. In der gemeinsamen Abschlussklärung der russisch-iranisch-türkischen Verhandlungsdelegationen zum Ende des Gipfels wird der Entwurf, der auch in der syrischen Opposition umstritten ist, nicht erwähnt. Dessen 27 Vorschläge sind weitreichend und fokussieren auf drei unterschiedliche Komplexe:

Erstens soll Syrien weder wie bisher als Teil der arabischen Nation bezeichnet

noch soll das Islamische Recht weiterhin als eine der Hauptgrundlagen der Gesetzgebung apostrophiert werden. Der Präsident muss auch kein bekennender Muslim mehr sein.

Zweitens sollen die Amtszeit des Präsidenten auf eine Frist von maximal vierzehn Jahren begrenzt und seine Rechte als militärischer Oberbefehlshaber und als zentrale Instanz im Falle eines nationalen Ausnahmezustands beschnitten werden. Das Parlament soll durch zusätzliche Kontrollrechte gestärkt werden, etwa mit Blick auf präsidentiale Vorschläge für die Besetzung von Posten in Verfassungsgericht und Zentralbank.

Am konfliktträchtigsten ist der dritte Teil, der die zukünftige Staatsstruktur, eine mögliche Dezentralisierung von Regierungsverantwortung und die Stärkung regionaler Verwaltungen betrifft. So ist etwa eine »kulturelle Autonomie« der kurdischen Kantone innerhalb Gesamtsyriens vorgesehen. Zwar wird dieser Begriff nicht näher bestimmt, aber er ist nun im öffentlichen Raum.

Ankaras Sicherheitsinteressen

Weder die PYD noch ihre türkische Schwesterorganisation PKK sind auf der russischen Terrorliste verzeichnet. In Ankara hingegen betrachtet man beide Organisationen als terroristische Vereinigungen, deren Fernziel die Schaffung eines gesamtkurdischen Staates auf einem Territorium ist, das sich aus Gebieten in Syrien, dem Irak und der Türkei zusammensetzt. Weil sie dieses Szenario befürchten, lehnen die Türken eine Beteiligung der PYD an den Gesprächen in Genf und Astana kategorisch ab.

Seitdem der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK spätestens im Sommer 2015 gescheitert ist, dreht sich eine Gewaltspirale mit türkischen Polizei- und Militäroperationen auf der einen und Terroranschlägen auf der anderen Seite. Der Terror hat mittlerweile neben den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei auch westtürkische Großstädte wie Ankara und Istanbul erfasst.

Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass Ankara bereit sein könnte, den Kurden

irgendeine Form der Selbstverwaltung in den nordsyrischen Kantonen zuzugestehen. Im Gegenteil ist der Aufwand beträchtlich, den die Türkei treibt, um eine territoriale Verbindung der Kantone Kobane und Afrin zu verhindern. Seit August 2016 operieren die türkischen Streitkräfte (TSK) und die von ihnen unterstützte Freie Syrische Armee (FSA) im Rahmen von »Euphrates Shield« im Grenzgebiet zwischen beiden Kantonen; sie kämpfen dort sowohl gegen den IS als auch gegen die SDF. Die Operation fordert eine hohe Zahl an Opfern. Allein zwischen August 2016 und Mitte März 2017 sind nach offiziellen Militärangaben neben etwa 3000 IS-Kämpfern und über 400 Angehörigen der PKK/YPG auch mehr als 70 türkische Soldaten gefallen. Die in Folge des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 operativ geschwächten türkischen Streitkräfte führen »Euphrates Shield« parallel zu den anhaltenden Operationen türkischer Sicherheitskräfte gegen die PKK im Südosten der Türkei und in den nordirakischen Bergregionen durch.

Ende Februar 2017 haben TSK und FSA die vom IS besetzte Stadt Al-Bab nach wochenlangen Bemühungen vollständig zurückerobert. Die Türken haben nachgewiesen, dass sie gewillt sind, die Bildung eines kurdischen Gürtels zu verhindern. Doch ihr strategisches Interesse reicht über die Schaffung dieser »safezone« hinaus. Ginge es nach dem Willen Ankaras, würden sich die türkischen Streitkräfte zusammen mit FSA und gegebenenfalls den nichtkurdischen Anteilen der SDF Richtung Rakka in Bewegung setzen, um die 220 000 Einwohner große Stadt freizukämpfen. Derzeit wird sie von etwa 8000 bis 10 000 IS-Kämpfern gehalten.

Seitdem Moskau die PYD-Interessen politisch berücksichtigt, ist man in Ankara um eine erneute Annäherung an Washington bemüht und wirbt für die eigenen Militärpläne zur Eroberung Rakkas.

Washington legt sich fest

Mit Spannung wurde die neue Anti-IS-Strategie erwartet, für deren Ausarbeitung

Donald Trump dem Pentagon 30 Tage Zeit gegeben hatte. Der erste Entwurf liegt dem Präsidenten seit dem 27. Februar 2017 vor.

Danach spricht alles dafür, dass Trump an der Pro-SDF-Linie Obamas festhalten und Ankaras Plänen für eine türkisch dominierte Offensive in Rakka eine Absage erteilen wird. Die türkischen Streitkräfte müssten für eine solche Offensive ein nennenswertes Kontingent an Bodentruppen bereitstellen, das dann auf Monate in hochintensiven und verlustreichen Gefechten und Häuserkämpfen gebunden wäre. Außerdem würden diese Truppen zumindest teilweise von der türkisch-syrischen Grenzstadt Tel Abyad aus angreifen, wenige Kilometer östlich des Kantons Kobane. Damit befänden sie sich von Beginn der Operation an in offener Konfrontation mit der YPG.

Die drei Chefs des russischen, des US-amerikanischen und des türkischen Generalstabs haben am 7. März in Antalya das weitere Vorgehen in Nordsyrien abgestimmt, um unbeabsichtigte Verwicklungen ihrer Truppen zu vermeiden. Washington will auch weitere türkisch-kurdische Kämpfe verhindern. Ein Indiz dafür ist die US-Truppenpräsenz im nördlichen Umland der von Kurden gehaltenen Stadt Manbidsch. Sie soll die Türken sowohl von einem Angriff auf die Stadt als auch von einem weiteren Vorrücken auf Rakka abhalten.

Das Pentagon setzt weiterhin auf die SDF, deren entscheidende Schwäche, die mangelnde Feuerunterstützung, durch US-Truppen ausgeglichen werden soll, die mit schwerer Artillerie ausgerüstet sind. Erste Einheiten von US-Marines mit 155 mm-Mörsern sind bereits auf dem Weg nach Rakka. Beobachter rechnen damit, dass die derzeit 500 US-Spezialkräfte in den nächsten Wochen auf 1000 und den nächsten Monaten auf bis zu 5000 Soldaten aufgestockt werden könnten.

Ausblick

Nun gilt es, die Unterstützung für die SDF so zu konditionieren, dass Rakka zurückerobert werden kann und gleichzeitig die

türkischen Interessen gewahrt bleiben. Moskau und Washington könnten von der PYD etwa ein klares Bekenntnis zu einem Verbleib der kurdischen Kantone in Gesamtsyrien und zum Verzicht auf eine weitere Ausdehnung des kurdischen Einflussgebietes fordern. Das sunnitische Rakka müsste nach der Rückeroberung zügig von den kurdischen Truppen geräumt werden.

Noch ist es nicht an der Zeit, Moskaus oder alternative Vorschläge zur Gestaltung der syrischen Nachkriegsordnung in Genf zu besprechen. Zunächst gilt es, den vereinbarten Waffenstillstand abzusichern. Das ist ein schwieriger und zäher Prozess, wie sich auch daran ablesen lässt, dass die bewaffnete Opposition ihre Teilnahme an der dritten Astana-Runde im März 2017 abgesagt hat. Astana kann den Prozess zwar flankieren, aber letztlich muss er von den VN in Genf verantwortet werden.

Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, wird auch der gegenwärtig kaum wahrnehmbare europäische Einfluss zunehmen. Denn dann wird die europäische Erfahrung in der Stabilisierungsarbeit und im Wiederaufbau gefragt sein.

Die Türkei findet momentan weder im Kreml noch im Weißen Haus die erhoffte Unterstützung für ihren Nordsyrienkurs. Washington und Moskau müssen jeweils versuchen, Ankara stärker einzubinden. Eine begrenzte Beteiligung türkischer Unterstützungstruppen am Kampf um Rakka wäre eine denkbare Option. Ein gemeinsamer Erfolg könnte helfen, die sogenannte kurdische Frage langfristig zurück auf die Agenda verhandelbarer Themen zu bringen. Der Einfluss des türkischen Verfassungsreferendums im April ist offen. Ein »Ja« zum Präsidentsystem könnte Erdoğan als Bestätigung seines derzeitigen Nordsyrienkurses verstehen. Er könnte den entstandenen Spielraum aber auch für eine neue Phase der Annäherung in der kurdischen Frage nutzen. Ein »Nein« würde Erdoğan in die Defensive drängen und könnte ihn zwingen, sich einer innertürkischen Demokratie-debatte zu stellen, deren Verlauf und Auswirkungen schwer zu kalkulieren sind.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364